

## Wir Pensionäre werden uns gegen weitere Kürzungen wehren

Dieter Berberich vom Bund der Ruhestandsbeamten warnt:

Die Schuldenbremse könnte letztendlich die ehemaligen Beamten treffen.

Rentendebatte, leere öffentliche Kassen, verzweifelte Sparbemühungen der Politiker: da geraten auch die Pensionszahlungen immer wieder in den Fokus. Von der "Pensionslawine" ist oft die Rede. Und wenn der Ruf nach Kürzungen erschallt – wie kürzlich vom Steuerzahlerbund – dann ist Applaus und Empörung groß. Wie erleben die ehemaligen Beamten diese immer wieder aufflackernde Spardebatte? Welche Argumente und Forderungen führen sie an, welche Zukunftsperspektiven und Gefahren sehen sie? Darüber sprach BNN-Redakteurin Elvira Weisenburger mit Dieter Berberich, dem Bundesvorsitzenden der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen.

*Angesichts der leeren öffentlichen Kassen geraten die Pensionäre immer stärker in den Fokus, wenn es ums Sparen und Streichen geht. Welcher Aspekt ärgert sie da besonders?*

Berberich: Dass der Eindruck erweckt wird, wir würden begünstigt – das bringt uns auf. Ich war 42 Jahre bei der Polizei. Der Staat hat mir damals bei meinem Eintritt ein Pensionsversprechen gegeben, und das hat er gewusst – aber er hat damals keine Rücklagen gebildet, um dieses Versprechen zu erfüllen. Kein Familienvater kann so wirtschaften, wie es der Staat Jahrzehntlang gemacht hat. Und jetzt werden wir Pensionäre nur noch als Kostenfaktor gesehen. Übersehen wird dabei auch, dass es in den letzten Jahren schon elf Gesetzesänderungen gab die zu Pensionskürzungen führten. Wir wehren uns dagegen, dass die kurzsichtige Finanzpolitik auf unserem Rücken ausgetragen wird.

*Ihr Zorn richtet sich also vor allem gegen die politische Klasse, die vor Jahrzehnten den Staat lenkte?*

Berberich: Ja – und gegen die, die uns heute an den Pranger stellen. An der heutigen politischen Debatte ärgert uns, dass immer nur diskutiert wird, auf wie viele Milliarden die Pensionsverpflichtungen in welchem Jahr anwachsen werden. Ehrlicher wäre aber, auch andere Statistiken heranzuziehen und die Zahlen ins Verhältnis zu setzen.

*Und welche Zahlen sind da aus ihrer Sicht entscheidend?*

Berberich: die Steuereinnahmen im Vergleich zu den Pensionszahlungen. Denn das Verhältnis zwischen beiden Größen ist seit Jahrzehnten ziemlich stabil. Die Pensionsansprüche machen rund zehn Prozent der Steuereinnahmen aus. Da kann man nicht behaupten, dass die Pensionsbelastung explosionsartig gestiegen sei. Die wachsenden Steuereinnahmen hat man jedoch leider immer wieder dazu benutzt, neue Wohltaten zu verteilen.

*Unstrittig sind jedoch die Prognosen für kommende Jahrzehnte: In Baden-Württemberg sollen die Pensionsausgaben von heute rund 3,4 Milliarden Euro auf rund sieben Milliarden Euro im Jahr 2030 steigen. Es wäre schon ein großes Wirtschaftswunder nötig, um solche Zuwächse bei den Einnahmen zu bekommen. Wie soll das Land künftig die Pensionen finanzieren?*

Berberich: Unbestritten: Diese Milliarden müssen irgendwann bezahlt werden. Und das müsste man verstärkt über die Steuer gewährleisten. Der gut verdienende Pensionär würde dann natürlich auch seinen Beitrag leisten – genau so wie der gut verdienende Rentner und der Kapitalanleger. Dann beträgt der Spitzensteuersatz eben nicht 42, sondern 46 oder 48 Prozent. Allerdings muss man auch berücksichtigen, dass das Land inzwischen – und das teils mit dem zurückbehaltenen Geld der Beamten – Versorgungsrücklagen bildet, die den angenommenen Milliarden – Fehlbetrag abmildern werden.

*Fürchten Sie nicht, dass in einigen Jahren eher Kürzungen bei den Versorgungsempfängern beschlossen werden als Steuererhöhungen?*

Berberich: Klar sehe ich mit Sorge, dass man irgendwann auf die Idee kommen könnte: "Wir machen eine Notverordnung à la Brüning und zahlen allen 30 Prozent weniger." Auch die Schuldenbremse könnte sich letztlich gegen uns richten – falls wir an den Punkt kämen, an dem der Staat die zulässige Verschuldungsgrenze überschreiten würde, um seine Verpflichtung uns gegenüber einzuhalten. Deshalb beobachte ich auch sehr genau, was zurzeit in Griechenland und in Spanien passiert. Und im Baltikum waren die ersten, die wegen der knappen Staatsfinanzen bluten mussten, die öffentlich Bediensteten. Aber solche Maßnahmen wären die größte Ungerechtigkeit – und wir würden uns wehren. Der Staat muss mal an anderen Ausgabeschrauben drehen.

*Apropos Gerechtigkeit: Jüngere Arbeitnehmer mahnen die Generationengerechtigkeit an. Selbst sehr gut ausgebildete Leute wissen, dass sie im Alter, manchmal schon im Erwerbsleben, nicht mehr das Einkommen ihrer heute 70-jährigen Eltern erreichen werden. Was sagen Sie diesen Jungen, weshalb sie – neben dem Billionen-Schuldenberg des Staates – die Ansprüche der Älteren mit steigenden Abgaben schultern sollen?*

Berberich: Ich habe selbst Kinder und Enkel, und dieses Problem macht auch uns in gewissem Sinne sprachlos. Allerdings müssen Jung und Alt auch fair miteinander umgehen. Die Generationen nach dem Krieg haben die Gesellschaft aufgebaut, und sie haben sich ihr Häuschen oft hart am Munde abgespart. Der Lebensstandard heute ist viel höher. Wobei ich durchaus auch sehe, dass sich viele junge Familien heute nicht mehr leisten können, wenn sie nicht geerbt haben. Für jede Seite und jedes Argument gibt es da viele unterschiedliche Beispiele. Es ist sehr schwierig, diese Diskussion unter Gerechtigkeitsaspekten zu führen.

*Was glauben Sie: Droht uns auf längere Sicht ein harter Generationenkonflikt?*

Berberich: Ich sehe eher eine große Gefahr, dass wir soziale Konflikte bekommen. Was glauben Sie, was im Osten los ist, wenn die Jahrgänge in Rente gehen, in denen viele Menschen wegen Arbeitslosigkeit zehn oder gar fünfzehn Ausfalljahre hatten? Da wird die Debatte um die Altersversorgung noch heikler – da mache ich mir keine Illusionen.

*Können Sie da auch ein wenig nachvollziehen, dass mancher gesetzliche Rentner fast neidisch wird, wenn er von den 2.900 Euro Durchschnittspension hört?*

Berberich: Das Problem ist, dass wir bei Rente und Pension zwei unterschiedliche Systeme haben, die kaum vergleichbar sind. Die Beamtenversorgung ist verfassungsrechtlich eine amtsangemessene Vollversorgung nach dem Alimentationsprinzip. Die Rente hingegen ist keine Vollversorgung. Wer Durchschnittspension und Rente vergleichen will, muss auch Betriebsrenten und Zusatzrenten berücksichtigen – das wird in der öffentlichen Diskussion meist nicht gemacht. Außerdem bezahlen die Pensionäre recht hohe Beiträge in die private Krankenversicherung. Hinzu kommt, dass bei der Durchschnittsrente auch Geringverdiener und Harz-IV-Empfänger einberechnet sind, andererseits aber Gutverdiener der freien Wirtschaft, die über der Beitragsbemessungsgrenze liegen, nicht einberechnet werden. Die meisten Beamten haben heute ein hohes Bildungsniveau, hohe Abschlüsse – das verzerrt die Durchschnittswerte.

Quelle: Südwestecho, 09.August 2010